

EBERSBERGER UMSCHAU



Januar 83

Mitteilungsblatt der SPD für die Bürger der Kreisstadt Ebersberg

WALDSTERBEN

Der Ebersberger Forst, mit 90 Quadratkilometern das größte eingezäunte Waldgebiet der Bundesrepublik, steht unmittelbar vor einer neuen Katastrophe. Nach den verheerenden Schäden durch die Nonnenplage in den Jahren 1889 bis 1891 und den Sturmschäden in den Jahren danach, scheint eine neue Katastrophe nicht mehr abwendbar. Noch können sich die meisten Bürger die Auswirkungen nicht vorstellen: Das unverzichtbare Öko-System Wald scheint, an der Hektik unseres Alltages vorbei, zu sterben.

TA-Luft (Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft) gefordert wird.

zung die geänderte „Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz“ (TA-

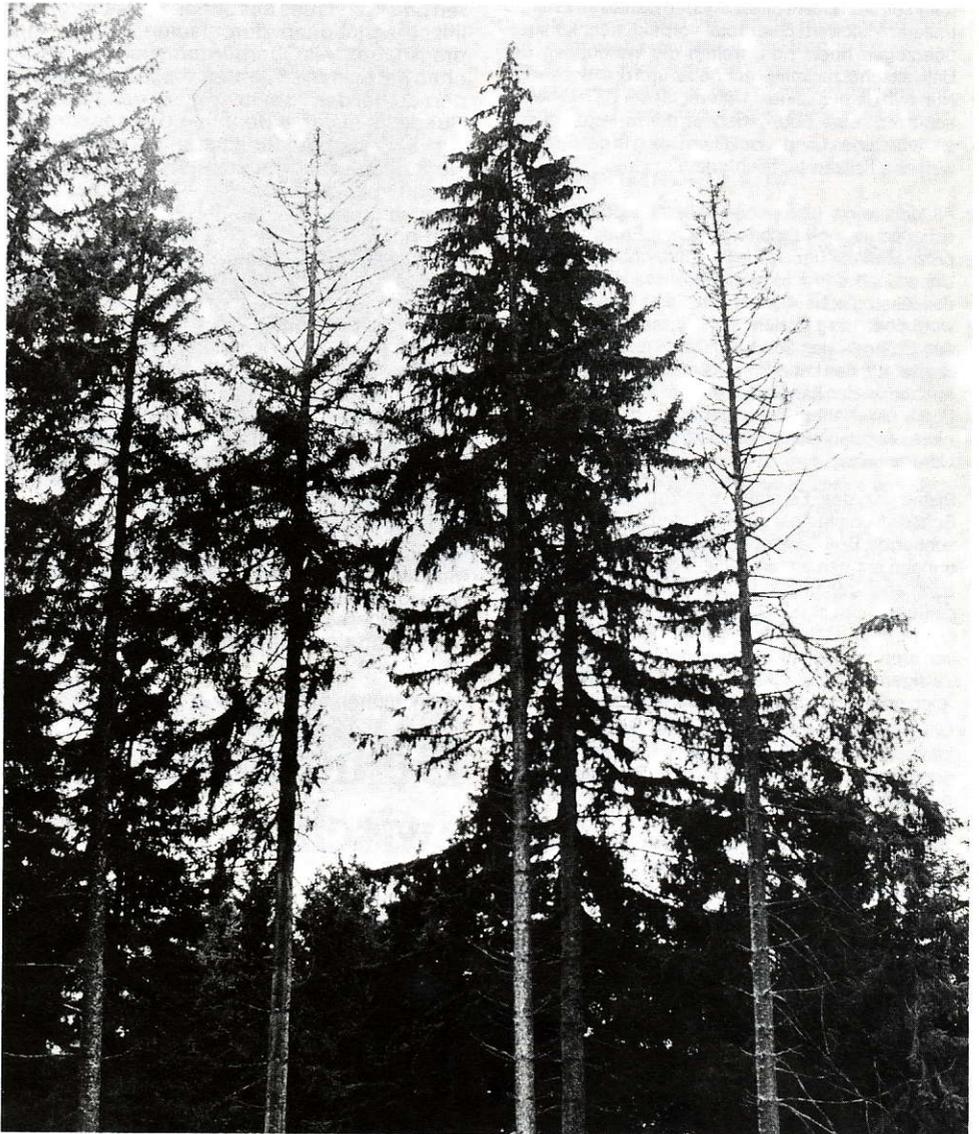
Die SPD Ebersberg wertete in ihrer Dezember-Sit-

Fortsetzung Seite 2

Einerseits hat die Sensibilität der Öffentlichkeit zum Thema Umweltzerstörung zugenommen, aber andererseits kann man nicht unbedingt feststellen, daß daraus entscheidende Konsequenzen im Verhalten der Menschen und vor allen Dingen der Politiker gezogen werden. So berichtete die Regionalausgabe der Ebersberger Neuesten Nachrichten am 4. September 82, daß nach Ergebnissen der Universität München nur noch vier Prozent des Baumbestandes als völlig gesund gelten, 36 Prozent als kränkelnd, sowie bereits 50 Prozent als kränkelnd bis krank. Sicherlich löste der Bericht bei den Lesern Betroffenheit aus, aber wie es scheint auch viel Resignation. Kein einziger Leser machte seinen Gefühlen mittels Leserbrief Luft. Dabei sind die jetzt bereits erkennbaren Schädigungen im Ebersberger Forst so groß, daß selbst bei schneller Abhilfe Auswirkungen auf Jahrzehnte spürbar wären.

Bayerns Ministerpräsident Strauß, der vor geraumer Zeit noch flapsig meinte, daß der Wald sich eben an die verschlechterten Bedingungen der Umwelt gewöhnen müsse, ist im November 1982 beim neuen CSU-Bundesinnenminister Zimmermann vorstellig geworden, um doch noch wirksame Maßnahmen gegen das Waldsterben zu erreichen.

Die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald schreibt im Dezember 1982: „Es gibt alarmierende Indizien für eine allgemeine großräumige Luftverschlechterung, nicht nur in der Nachbarschaft industrieller Ballungsräume, sondern bis tief hinein in industrieferne Waldgebiete. Landesweit ist heute der Regen mehr als zehnmal so sauer wie vor eineinhalb Jahrzehnten. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit sind das Folgen der sogenannten „Hochschornsteinpolitik“. Die hohen Kamine blasen die Schadstoffe in große Höhen, die Windströmungen tragen sie aus den Industriezentren hinaus und verteilen sie über das ganze Land. Die Schadstoffe verweilen zudem länger in der Luft, wo sie sich chemisch umwandeln. Jährlicher Schwefeldioxid-Ausstoß, auf die Bevölkerung umgerechnet: 50 bis 80 kg (ein- bis eineinhalb Zentner) pro Kopf! Im Kontakt mit Feuchtigkeit verwandeln sich diese Schwefelgase in ätzende Säuren.“ Soweit aus einem Informationsblatt der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, in welchem schließlich eine sofortige Reduzierung der zulässigen Grenzwerte der



Nicht nur vereinzelt - sondern an immer mehr Stellen des Ebersberger Forstes - treten die Schäden am Wald ganz offen zu Tage:

Hier sind die Bäume zum Teil schon vollkommen abgestorben!

Fortsetzung: WALDSTERBEN im
EBERSBERGER FORST

Luft) aus. Obwohl künftig Großkraftwerke ab 175 Megawatt statt bisher 650 Milligramm Schwefeldioxid nur noch 400 Milligramm pro Kubikmeter Abgase freisetzen dürfen, verweisen Umweltschützer mit Recht darauf, daß dies nach dem Stand der Technik völlig veraltete Werte sind. So fehlt in Teil 2 der TA-Luft auch der Hinweis, wonach der jeweilige Stand der Technik zu berücksichtigen sei, wenn es um die Grenzen der Gesamtbelastung in einem gewissen Landschaftsraum geht. Zudem muß leider festgestellt werden, daß hinsichtlich älterer und kleinerer Kraftwerke ernsthafte Maßnahmen gegen die Abgase weitgehend fehlen. Und noch immer müssen deutsche Automobilhersteller nicht jenen Stand der Technik einsetzen, der zwar machbar, aber wie sie sagen, „kostentechnisch“ nicht durchsetzbar sei. Noch immer fehlen die großen Fernwärmeprojekte mit öffentlicher Förderung, die in Ballungsräumen bis zu 90 Prozent Rückgang bei Heizrückständen bewirken könnten. Ein solcher Beitrag für bessere Energienutzung und zugleich verstärktem Luftschutz wäre ökologisch und wirtschaftlich mehr als sinnvoll.

Gesamtkritik: Noch immer setzen sich die Vertreter der Energiewirtschaft und sonstiger Industriezweige durch. Dies trotz der bestehenden Analysen und Gutachten, wonach mehr Umweltschutz auch die Möglichkeit beinhaltet, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Während die Planungen der Energiewirtschaft aber seit Jahren am tatsächlichen Bedarf an Energie unserer Volkswirtschaft total vorbeigehen, konkret: überzogen hoch sind, treffen die Warnungen der Umweltschützer immer schneller und drastischer zu. Nur mit dem „kleinen Unterschied“, daß Umweltschützer keine Lobby haben, die in Person von einflussreichen Landespolitikern auch in der Energiewirtschaft sitzen (Aufsichtsräte).

All dies wirkt über eine Kette aus politisch-wirtschaftlichen und technologischen Entscheidungsprozessen auf unsere Umwelt ein: negativ!
Unvorstellbar (noch) sind die Auswirkungen, wenn das ökologische System im Forst weiter zerstört wird. Ebersberg bezieht sein Wasser ausschließlich aus Brunnen des Forstes. Für die Bevölkerung der Kreisstadt, des Landkreises und für viele Erholungssuchende der Landeshauptstadt München, ist der Forst ein Naherholungsgebiet und zugleich ein nicht wegdenkbarer Bestandteil im heimatischen Naturhaushalt.

Bisher ist das Forstamt bemüht, evtl. sichtbare Schäden unmittelbar zu beseitigen, so daß sorgsam suchende Spaziergänger das Ausmaß der Schädigungen auf den ersten Blick noch nicht sehen. Wer dann aber genauer, oder gar mit sachkundiger Begleitung, einzelne Waldgebiete unter die Lupe nimmt, dem fällt es immer öfter auf: Nadelbäume verlieren zunächst an bodennahen und älteren Zweigen ihre Nadeln. Zwar bleiben die Wipfel vorerst noch grün, aber der Baum stirbt langsam ab.

Der SPD-Ortsverein stellt deshalb einen Dringlichkeitsantrag zu einer zeit- und naturgemäßen Fassung der TA-Luft an den nächsten Bundesparteitag der SPD und an die sozialdemokratische Bundestagsfraktion.

Stellvertretender Kreisvorsitzender Horst Mette vor dem SPD-Ortsvorstand Ebersberg: „Nur durch innerparteilichen Druck und steigendes Bewußtsein der verantwortlichen Politiker ist unser Wald noch zu retten.“

Es ist bereits fünf nach zwölf, denn der Wald stirbt. Aber noch ist es nicht zu spät, um einen Teil von uns selbst zu retten: Die Natur! E. S.

Kinderspielplatz nur versprochen?

Kritisch vermerkt hat der Vorstand der Ebersberger SPD, daß der schon lange versprochene Kinderspielplatz an der Pfarrer-Bauer-Straße noch nicht errichtet wurde. Die seit dem Beschluß über den Abbruch der Alten Mädchenschule geplante Anlage soll 140.000 DM kosten. Die Hälfte davon wird durch einen Zuschuß der Regierung von Oberbayern finanziert.

Der Kanzlerkandidat der Sozialdemokraten: Hans-Jochen Vogel

„Das ist eine sehr kantige Persönlichkeit, und er weiß, daß er schon manchen mit seiner Kantigkeit verletzt hat. Und er wird sich trotzdem nicht ändern. Das ist ein Mann mit hoher eigener Urteilskraft, und er wird seine eigene Urteilskraft nicht verstecken. Er ist ein Mann mit rigoroser politischer Moral und davon wird ihn auch keiner abbringen, Gott sei Dank. Insgesamt: Kein einfacher Mann, das werdet ihr noch erleben. Aber gerade deshalb ist er geeignet, ist er ein hervorragender Mann“, so Helmut Schmidt auf der Bundeskonferenz der Sozialdemokraten Mitte November in Kiel über den Kanzlerkandidaten Hans-Jochen Vogel.

Sowohl der Parteivorstand der SPD als auch die Bundeskonferenz in Kiel wählten Vogel einstimmig zum neuen Kanzlerkandidaten der Sozialdemokraten.

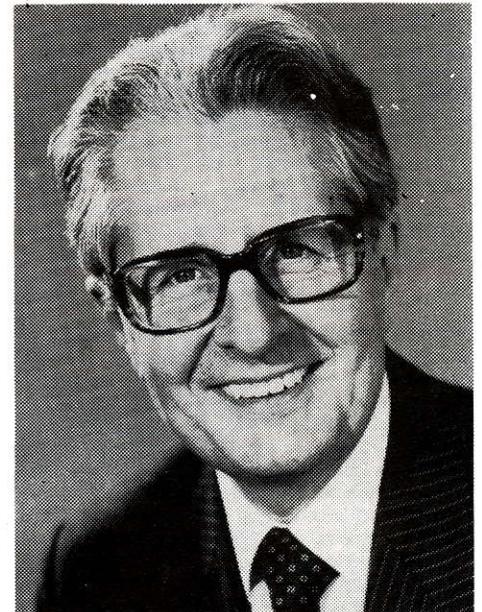
Hans-Jochen Vogel, 1926 in Göttingen geboren und von Hause aus Jurist, hat wichtige politische Stationen durchlaufen, die ihn geprägt haben. Als Oberbürgermeister von München hat er in zwölf Jahren breite Zustimmung gerade bei den Arbeitnehmern gefunden. Als Bundesminister in Bonn hat er insbesondere zur Zeit der gefährlichsten terroristischen Herausforderung entscheidend dazu beigetragen, daß der liberale Rechtsstaat auch unter extremen Bedingungen keinen Schaden nahm. Und zuletzt in Berlin hat er seine Führungsfähigkeit dadurch bewiesen, daß er eine Linie entwickelte, an der sich der Weizsäcker-Senat zum Teil noch heute orientiert. Er hat dort geholfen, die schwierigen gesellschaftspolitischen Konflikte, die vor allem die Jüngeren umtreiben, mit politischen Mitteln zu überwinden.

Auf der SPD-Bundeskonferenz in Kiel nannte Vogel die Hauptpunkte des künftigen SPD-Programmes: „Wir wollen vorhandene Arbeitsplätze erhalten und neue schaffen; wir wollen den äußeren Frieden sichern und alles uns Mögliche tun, damit der Rüstungswettlauf ein Ende findet; wir wollen den Frieden auch mit der Natur suchen und die Umwelt erhalten; wir wollen die Liberalität und die Schutzfähigkeit unseres Rechtsstaates behaupten und wir wollen den sozialen, den inneren Frieden bewahren“.

Demoskopie: Zusammenhang zwischen Zahlen und Zahlungen?

Demoskopie ist, glaubt man ihren Managern, eine Wissenschaft, objektiv, an Zahlen gebunden. Gelegentlich geäußerte Vermutungen, man könne mit demoskopischen Ergebnissen die öffentliche Meinung manipulieren, haben die Väter, vor allem aber die große Mutter der Demoskopie aus Allensbach, stets mit Entrüstung zurückgewiesen. Dennoch: Frau Noelle-Neumann fühlt sich der Union eng verbunden, und das merkt man denn auch. Der neue Regierungssprecher Stolze hat nun als eine seiner ersten Amtshandlungen die vorsorgliche Kündigung aller Verträge des Bundespresseamtes mit demoskopischen Instituten angeordnet – zur „Überprüfung der Verträge“. Als „Anregung“ für seine Mitarbeiter schlug er eine Neuverteilung der im Haushaltsplan für Meinungsfor-

Allen Presse-Spekulationen um seine politische Identität setzte Vogel schon früh ein Ende: „Ich bin weder ein Brandt- noch ein Schmidt-Mann. Ich bin Hans-Jochen Vogel und – bei allem Respekt vor den großen Leistungen der beiden Männer und bei allem Willen zur Kontinuität – mit meiner Nominierung der Mann der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.“



Hans-Jochen
Vogel

schung in der für 1983 vorgesehenen Gesamtsumme vor, und siehe da: Elisabeth Noelle-Neumann, bisher mit 100.000 DM unter Vertrag, soll künftig mit 700.000 DM den Löwenanteil bekommen.

Bei EMNID sollen auf bisher 95.000 DM 405.000 DM draufgelegt werden. Infas und INFRATEST bekommen es hingegen zu spüren, daß sich die sozial-liberale Regierung bisher vor allem auf diese Institute gestützt hat: INFRATEST soll anstatt bisher 550.000 DM in Zukunft nur noch 100.000 DM bekommen, und der Etat von infas soll von 650.000 DM auf 100.000 DM gekürzt werden.

Wie gesagt, Demoskopie ist eine objektive Wissenschaft, ganz gewiß. Aber dennoch muß es da einen Zusammenhang zwischen Zahlen und Zahlungen geben. . .

Im Rathaus notiert

SPD wünscht: Behutsame Planung in der Altstadt

Die Erweiterungsabsichten des Krone-Marktes waren für den Stadtrat Anlaß, einen Bebauungsplan für das Gebiet zwischen Bahnhof und Marienplatz einzuleiten. Ein solches Planungsinstrument wurde von SPD-Stadtrat Sepp Schenk schon 1976 gefordert. Dieser Bebauungsplan wurde mittlerweile um den Bereich des Anwesens Birkmeier an der Heinrich-Vogl-Straße erweitert, weil auch hier die Eröffnung eines Lebensmittelmarktes beantragt wurde. Um diese Planungen nicht dem Zufall zu überlassen, erließ die Stadt eine sogenannte „Veränderungssperre“. Dies hat zur Folge, daß Veränderungen bei diesen Grundstücken zunächst für die Dauer von zwei Jahren nicht vorgenommen werden dürfen. Gleichzeitig gab die Kommune eine Strukturuntersuchung für den Altstadtbereich in Auftrag. Ziel der Untersuchung ist die Ermittlung von etwaigen Defiziten im Einzelhandelsbereich und anderen Infrastruktureinrichtungen.

Neue Stadtteilnamen

Neben vielen schwierigen Fragen innerhalb der letzten Monate, durfte sich der Ebersberger Stadtrat auch mit einem leichteren Problem beschäftigen: Erteilung von Stadtteilnamen. Bisher sind im Sprachgebrauch der Ebersberger die früheren Bebauungsplannamen für die Stadtteile verankert. Eine eigens einberufene Kommission hatte die Vorarbeit geleistet, die dann im Rat zu folgendem Ergebnis führte: Das ehemalige Baugebiet Süd-West I/II heißt nun Hupfauer Höhe. Für die Baugebietsnamen Nord-Ost, Nord und Nord-West stehen künftig die Stadtteilnamen Eggerfeld, Dachsberg und Friedenseiche. Und die sogenannten „Moosstefelgründe“ heißen jetzt Kapser Berg.

Altenheimplanung in der Sackgasse

Die Planung und Errichtung eines Altenheimes in Ebersberg ist ernsthaft gefährdet. Das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales sieht in Ebersberg für ein Altenheim keinen vordringlichen Bedarf. So werden staatliche Mittel in absehbarer Zeit nicht zugeteilt. Verhandlungen über eine andere Träger- und Finanzierungskonstruktion sind derzeit noch im Gange. Schockierend ist die Kostensteigerung für Altenheimplätze. So ist es fraglich, ob ältere Mitbürger überhaupt noch einen Heimplatz finanzieren können, ohne z. B. Sozialhilfe in Anspruch nehmen zu müssen. Für ältere Menschen, die ein Leben lang für die nachkommende Generation gearbeitet haben und sich auf einen verdienten Lebensabend freuen, eine fast unvorstellbare Situation.

Die SPD will nun andere Konzeptionen prüfen. Als Alternative diskutierte die SPD-Ortsvereinsversammlung schon im Frühjahr 1982 die Errichtung einer Altenwohnheimanlage mit sozialer und medizinischer Betreuung. Vorteil einer solchen Lösung wäre neben niedrigeren Kosten die Möglichkeit für die älteren Menschen, Selbsthilfe und Gruppenarbeit zu organisieren.

Nur im Straßenverkehr: Rechts vor Links zum Schutz von Fußgängern und Radfahrern

Wie von der SPD-Stadtratsfraktion gefordert, setzt sich nun zunehmend die „Rechts-vor-Links-Regelung“ im innerstädtischen Straßenverkehr durch. In Kürze werden weitere Straßen und Stadtteile dieser Regelung erhalten (z. B. an der Balde- und Hagenmillerstraße).

Jugendtreff auch künftig unterstützen

Trotz der oftmals von außen kritisierten Arbeit im Jugendtreffpunkt an der Floßmannstraße, kann diese Einrichtung nach wie vor als vorbildhaft bezeichnet werden. Immerhin wird der Jugendtreff seit annähernd acht Jahren von Jugendlichen eigenverantwortlich und in Selbstverwaltung betrieben. Rückschläge, wie die vorübergehende Schließung des Treffs im Sommer 82, wurden immer wieder überwunden. Die damals fehlende Ordnung im Jugendtreff ist mittlerweile wieder gewährleistet. Ein Problem ist aber nach wie vor die fehlende Rechtsträgerschaft dieser Einrichtung. Eine im Dezember 82 gebilligte Nutzungsvereinbarung zwischen dem Verein Aktion Jugendzentrum und der Stadt sieht für künftige Konflikte ein Gremium vor, in welchem Jugendliche, der Jugendpfleger, die Jugendsprecher der Stadtratsfraktionen und der Bürgermeister zusammenarbeiten. Erst wenn dieser Ausschuß zu keiner Einigung kommt, entscheidet der Sozialausschuß des Stadtrates.



SEPP GEISLINGER
3. BÜRGERMEISTER UND FRAKTIONS-
VORSITZENDER DER SPD - STADT-
RATSFRAKTION IN EBERSBERG

In einem Satz

"Auch 1983 werden sich die Kommunalpolitiker der SPD-Stadtratsfraktion um eine Interessensvertretung der Bürger bemühen, die sich an sozialen und sachgerechten Lösungen orientieren wird."

Unterführung für Fußgänger

Nach wiederholten Anläufen des Stadtrates für eine Fußgängerunterführung an der Rosenheimer Straße, scheint dieses Projekt gesichert. Unterhalb der Bahnlinie Ebersberg-Wasserburg soll endlich ein gesicherter Fußweg geschaffen werden. Der Stadtrat vergab in seiner Dezember-Sitzung dafür die Ingenieuraufträge. Von den veranschlagten Baukosten mit ca. 350.000 DM werden rund 70 Prozent bezuschußt.

Landschaftsplan: Herausforderung für die Kommunalpolitiker

In seiner Oktober-Sitzung verabschiedete der Stadtrat einstimmig den sogenannten Landschaftsplan. Damit wurde eine gutachterliche Bewertungsgrundlage für die künftige Stadtentwicklung geschaffen. Obwohl diese Landschaftsplanung nicht rechtskräftig ist, bildet sie eine Planungshilfe für die künftige Ausweisung von Bebauungsplänen und für eine zu überarbeitende Flächennutzungsplanung. Um die künftige Bautätigkeit besser auf ihre Verträglichkeit gegenüber unserer schönen Landschaft abstimmen zu können, nimmt der Landschaftsplan zunächst eine Bestandsaufnahme aller Landschaftsteile in Ebersberg vor. So werden Gebiete aufgezeigt, in denen künftig eine Bautätigkeit noch denkbar erscheint. Andererseits werden aber auch Widersprüche zur geltenden Flächennutzungsplanung oder zu bereits verwirklichten „Planungs-sünden“ erläutert.

Die SPD am Ort

Die Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins stellte zur baulichen Entwicklung Ebersbergs die Forderung, künftig die natürlichen Entwicklungsgrenzen Ebersbergs konsequenter einzuhalten. So solle vor allen Dingen darauf geachtet werden, die noch unbebauten Hangflächen zu erhalten. Die weitere Stadtentwicklung ist nach dem Wunsch der Ebersberger SPD mit den Belangen des Natur- und Landschaftsschutzes in Einklang zu bringen. Nun liegt es alleine an den politischen Entscheidungen des Stadtrates, diese Fachplanung aus der Sicht des Landschaftsschutzes auch in die Praxis umzusetzen.

Kommunalpolitischer Dauerbrenner: B-304: Umgehung der Kreisstadt

Das Raumordnungsverfahren für die Verlegung der B 304 ist eingeleitet. Der Hauptvorschlag des Straßenbauamtes München deckt sich weitgehend mit den Interessen der Stadt. Über Reitgesing möglichst weit der Staatsstraße 2089 folgend, soll die Trasse nördlich von Wiesham und südlich um Gsprait verlaufen.

Details der Trassenführung werden erst im sogenannten Planfeststellungsverfahren geregelt. Ein Treffen mit den SPD-Kommunalpolitikern aus Grafing und Ebersberg, sowie eine gemeinsame Begehung der zuständigen Ausschüsse der beiden Städte dienten hauptsächlich einer gemeinsamen Interessensabstimmung. Auch wenn sich zwischen Ebersberg und Grafing ein Kompromiß abzeichnet, sind noch nicht alle Reibungsflächen ausgeräumt.

Oberndorfer Abwasser

Der Anschluß der „Gemeinde“ Oberndorf an die städtische Kläranlage würde nach Kostenberechnungen eineinhalb Millionen DM kosten. Obwohl Oberndorf nahe an der Kläranlage liegt, ist aus Kostengründen an die Verwirklichung dieses Projektes vorerst nicht zu denken.

Friedhof: Schön und teuer

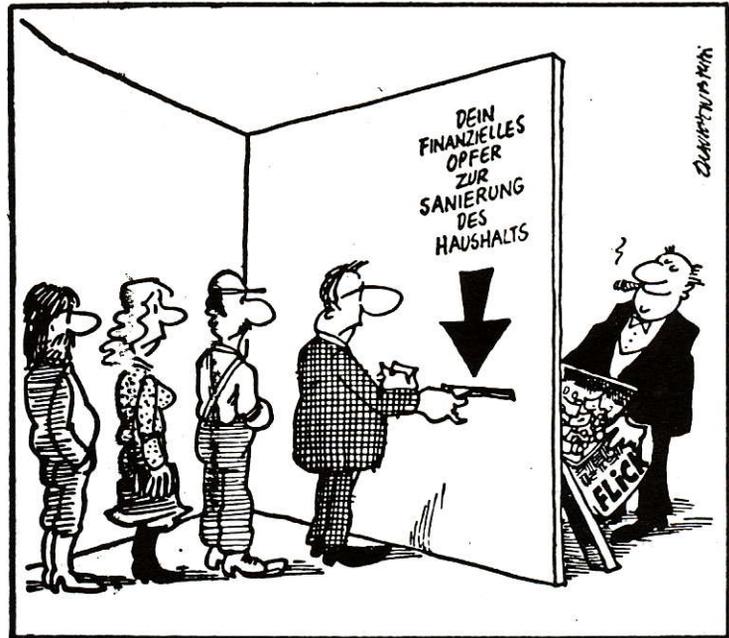
Der erste Bauabschnitt des neuen Friedhofes an der Landwirtschaftsschule Ebersberg ist fertiggestellt. Der als Landschaftsgarten konzipierte Friedhof kostete der Stadt bisher 2,2 Millionen DM (ohne Grunderwerb). Nach wie vor ist die SPD-Fraktion im Stadtrat der Meinung, daß auch das geplante Betriebsgebäude im ersten Bauabschnitt des Friedhofes hätte erstellt werden müssen. Neben seiner Funktion als Abstellräumlichkeit, für das Personal und für Toiletten, wäre das Gebäude als provisorische Aussegnungsstätte nutzbar gewesen. Um die Planung der aufwendigen Leichenhalle (Kostenschätzung ca. 3,5 Millionen DM) nicht zu „gefährden“, lehnte die CSU-Stadtratsmehrheit diesen Vorschlag ab. Dafür mußten nun eine umständliche Gebäudemietung und Umbauarbeiten an der Landwirtschaftsschule in Kauf genommen werden!

CDU/CSU und Rest-FDP contra Sozialstaat

Es scheint überflüssig, an dieser Stelle nochmals im Detail aufzuzeigen, wie und wo die neue Bundesregierung aus CDU/CSU und rechter Rest-FDP Einschnitte in den Sozialbereich vorgenommen hat. Aber als Gedächtnisstütze fällt spontan ein, daß man den wirklich bedürftigen Schülern das BAföG (Bundesausbildungsförderungsgesetz) strich, daß ein neues Mietgesetz sozial nicht mehr vertretbare Mietgelderhöhungen bis zu maximal 50 Prozent mit sich bringen wird und daß man gleichzeitig einen Reallohnausgleich der betroffenen Arbeitnehmer in den Tarifverhandlungen ablehnt.

In diesem Zusammenhang gilt es zu fragen: Woher kommt das Vertrauen vieler Bürger und auch Arbeitnehmer, daß Sparen im Sozialbereich auf Kosten „des kleinen Mannes“ die Voraussetzungen für ein verstärktes Investieren der Unternehmen verbessern soll – und damit angeblich auch wieder mehr Vollbeschäftigung erreicht werden soll, wenn:

1. In jenen Ländern, wo diese Rezepte bereits durchgeführt worden sind, wie in den USA und in Großbritannien, mit diesen Mitteln sowohl die Arbeitslosigkeit verstärkt anstieg, als auch das Wirtschaftswachstum vollkommen ausblieb.
2. Ein großer Teil an Investitionen heute der reinen Rationalisierung der Unternehmungen dient – und somit Arbeitsplätze eher verloren gehen als neu entstehen.
3. Großkapitalanleger seit Jahren ihre Gewinne verstärkt auf dem internationalen Geldmarkt anlegen oder Investitionen in ausländischen Volkswirtschaften vornehmen, wo Zinserwartungen wesentlich höher sind als bei uns.
4. Eine Umschichtung von Vermögen und Eigentum zugunsten der großen Kapitale noch nie zum Vorteil der breiten Arbeitnehmerschaft waren.
5. Geringere Einkommen der Arbeitnehmerhaushalte einen Nachfragerückgang im Konsum- und Investitionsbereich unserer Volkswirtschaft bedingen und damit die Arbeitslosigkeit erhöhen – und
6. symptomatisch für unsere Wirtschaftskrise, nur die kleineren und mittleren Einkommen echte Einbußen am Realeinkommen hinnehmen müssen,



während gehobene und Spitzenverdiener sogar einen relativen Einkommenszuwachs erhalten.

Die Wende im Bund

Natürlich haben die Konservativen dafür eine Antwort parat: Unter dem Deckmantel, daß wir alle im „gleichen Boot sitzen“, sollen **alle gleiche Beiträge** zum „Gesundenschrumpfen“ unserer Wirtschaft leisten. Nur sind eben die einen noch gleicher als die anderen – und dürfen auf mehr verzichten, wie jene Haushalte, die bei einem Einkommen von unter 2000 DM Netto und Streichung des Schüler-BAföG bei zwei betroffenen Kindern über 25 Prozent ihres Realeinkommens verlieren.

Bei 80 Prozent jener Familien, die bisher Schülerunterstützung erhielten, trifft dies so zu. Dank neuem Mietgesetz können die gleichen Familien noch mit einer kräftigen Mietsteigerung rechnen. Schöne Aussichten und eine wirkliche Wende. Herr Kohl sieht darin wohl die Verwirklichung christlicher Werte.

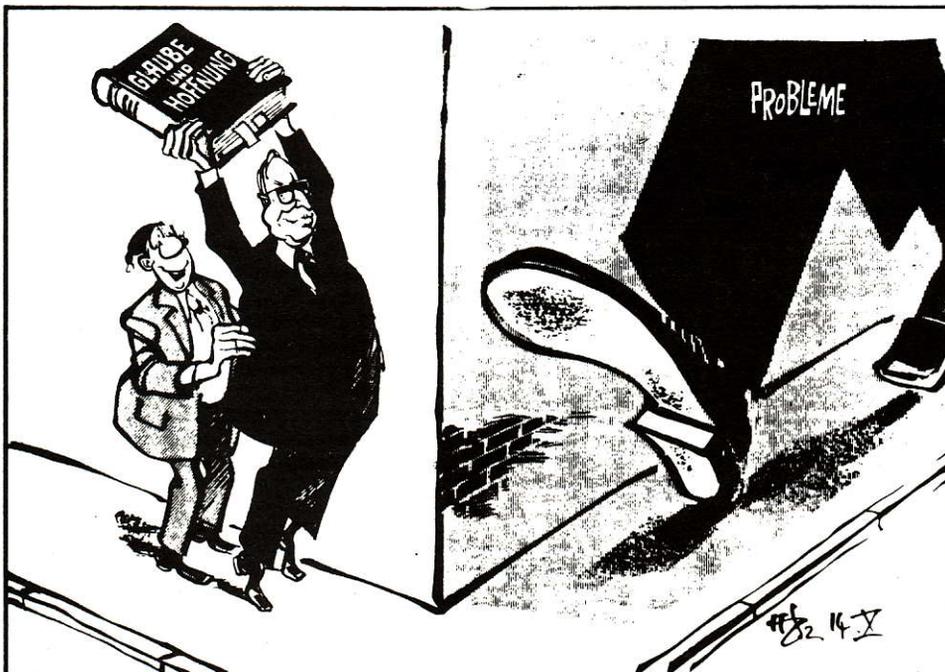
Stattdessen sehen wir Sozialdemokraten gemeinsam mit den Gewerkschaften nur eine Chance: Wir brauchen sinnvolle Investitionen mit Hilfe des Staates in Bereichen wie: öffentlicher Verkehr, Umweltschutztechnik, sozialen Wohnungsbau, Sozialeinrichtungen, Bildungs- und Ausbildungszentren für Jugendliche und Erwachsene zu höherer beruflicher Mobilität – und gezielte Kontrollen der volkswirtschaftlich bedeutenden Großkonzerne und Unternehmungen, auch wenn es darum geht, Klein- und Mittelbetriebe in ihrem Bestand zu schützen und zu unterstützen.

Der Fall AEG hat drastisch gezeigt, wie es derzeit läuft. Die Fehler des Managements müssen die Arbeitnehmer und Steuerzahler alleine ausbaden. An mehr demokratischer Planung innerhalb unseres Wirtschaftssystems werden wir deshalb auf Dauer ohnehin nicht vorbeikommen, sei es bei den immer wertvoller werdenden Rohstoffen oder bei der Verwendung und Erhaltung unserer volkswirtschaftlichen Güter wie Umwelt, technisches Wissen und Bildung.

Übrigens: Alleine im Begriff „konservativ“, angewandt auf unsere Wirtschaftsprobleme und deren Lösung, steckt schon der Fehler. Denn „konservativ“ bezieht sich auf bewahrend und auf die Restauration des Bisherigen.

Was wir brauchen sind jedoch neue Wege und neue Mittel, um einer gewaltigen Herausforderung zu begegnen: Der Weltwirtschaftskrise.

Ewald Schurer



„Mensch Helmut, wie energisch Du das anpackst“.

Haitzinger/tz München

Sozialausschuß zu Bauland-gesellschaft

In einer Sitzung des Sozialausschusses des Ebersberger Stadtrates am 26. Oktober 1982 legte dieser die Kriterien für die Vergabe von Bauland fest. Mit 9:0 Stimmen war sich der Ausschuß bei der Festlegung eines Punkteataloges einig und überwies ihn somit an den Stadtrat zur Beschlußvorbereitung. In Punkt 1 wird der berücksichtigungsfähige Personenkreis definiert: Ortsansässige, die seit acht Jahren ununterbrochen in der Kreisstadt wohnen und Familienvorstand sind, eigenen Hausstand haben oder gründen wollen. Der Antrag kann unabhängig vom Einkommen gestellt werden. Ebenfalls berechtigt sind Arbeitnehmer und Selbständige, die länger als zehn Jahre in Ebersberg arbeiten.

Berücksichtigt werden zudem ehemalige Ebersberger Bürger, die noch nicht länger als acht Jahre auswärts wohnen und vorher mindestens acht Jahre in Ebersberg gewohnt haben. Punkt 2 behandelt die berücksichtigungsfähigen Vorhaben: Bauvorhaben müssen in ihrer Dimensionierung unter die Rahmensätze des grundsteuerbegünstigten sozialen Wohnungsbaues im Sinne des 2. Wohnungsbaugesetzes fallen. Jede Person, bzw. jedes Ehepaar kann nur ein Grundstück erwerben. Einfamilien- und Doppelhäuser sind innerhalb von zehn Jahren, Reihenhausanlagen in fünf Jahren bezugsfertig zu erstellen. Bei Mehrfamilienhäusern sind abweichende Fristen zulässig. Berücksichtigungsfähig sind auch Vorhaben von Bauträgern, die bestimmte Bauzustände herstellen und Häuser an bestimmte Käufer (nach Wunsch der Stadt) abgeben. Ebenso Bauträger, wenn sie der Stadt für 15 Jahre das Belegungsrecht überlassen.

Sonstige Voraussetzungen sind in Punkt 3 festgeschrieben: Der Antragsteller muß das Gebäude oder die Wohnung selbst bewohnen. Ausnahmen sind nur mit Sondergenehmigung zulässig. Bei Veräußerung innerhalb von 20 Jahren seit Erwerb kann die Stadt einen Nachschlag zum Grundstückspreis erheben. Vertragsrücktritt durch die Stadt ist dann vorbehalten. Der Käufer muß ausdrücklich bestä-

Punkteatalog für Bauland-erwerb

tigen, daß sein Grundstück oder seine Eigentumswohnung für Eigenbedarf erworben wurde und zu mindest für zwei Drittel zu Wohnzwecken nützt. Bei spekulativer Grundstückstätigkeit wird der Vertrag rückgängig gemacht. Kaufpreis einschließlich Erschließungskosten sind innerhalb vier Wochen zu entrichten. Die Rangfolge innerhalb des berücksichtigungsfähigen Personenkreises wird in Punkt 4 des Beschlusses festgelegt. Kommen mehrere Antragsteller für den Erwerb eines Grundstückes in Betracht, entscheidet ein Punktesystem:

Ein Bonus-Malus-System berücksichtigt höheres Einkommen mit Minuspunkten, Kinder und ehrenamtliche Betätigung sowie langjähriges Wohnen in der Gemeinde mit Pluspunkten. Eine Gewichtung der Kriterien erfolgt; bei z. B. 20.000 DM Jahreseinkommen gibt es die maximale Punktezahl für dieses Kriterium: 50 Pluspunkte. Ab 60.000 DM Einkommen gibt es mit 20 Zählern erstmals Minuspunkte. Für jedes Kind gibt es 20 Pluspunkte, für jedes körperlich oder geistig behinderte Kind 40 Punkte Plus. Ehrenamtliche Tätigkeit wird (Antragsteller oder anderes Familienmitglied) bei fünf Jahren oder mehr mit 20 Punkten gewertet. Bei gleichem Kriterium werden für jeden weiteren Familienangehörigen zehn Punkte gewährt. Für jedes weitere volle Jahr ehrenamtlicher Tätigkeit eines Familienmitgliedes gibt es einen weiteren Punkt. Zudem werden Punkte erteilt, wenn eine über acht Jahre hinausgehende Wohndauer oder hauptberufliche Tätigkeit in Ebersberg vorliegt: Pro Jahr zwei Pluspunkte. Macht ein Antragsteller eine Sozialwohnung frei, so gibt es zehn Punkte Bonus.

Die Schlußbestimmungen beinhalten, daß sich die Stadt vorbehält, für einzelne Grundstücke unterschiedliche Preise festzusetzen. Bei Zwei-Drittel-Mehrheit im Stadtrat kann in Ausnahmefällen von bestehenden Richtlinien abgewichen werden. Außerdem will die Stadt bei Antragstellern mit sonstigem Vermögen eine detaillierte Vermögensprüfung vornehmen. Bei Punktegleichheit im Vergabesystem entscheidet im übrigen die Kinderzahl der betreffenden Familien.

Da Grantlhuber grantelt

Ja, liebe Ebersberger – Manaleid und Weibaleid, jetztda ham wir scho wieda a neues Jahr – und natürlich neue Probleme. Aber mei Problem is eigentlich scho a altes – und deswegen stinks auch scho a bisserl.

Ihr habt's doch sicherlich scho vom Ebersberger Öko-Plan gehört.

Jaja – unser Bürgermeister is scho a fixer Bursch, wenn's um Planungen geht. Bloß gehn die oft daneben.

Aber in meinem Fall ging ein Plan mitten in die Landschaft am Klostersee. Hat doch da eine ehemalige CSU-Stadtratskandidatin und CSU-Kreisrätin mit ihrem Gatten, einem Chefarzt, wie man hört, einen schönen Bau in Südhanglage am Klostersee beantragt und doch glatt genehmigt kriagt. Au weia – des Problem is verzwick – denn rechtlich is de Baugenehmigung ordnungsgemäß abgelaufen, so wie i gehört hab. Aber Ihr wißt's ja, liebe Mitbürger, nicht

★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★



alles was rechtens is, geht auch moralisch in Ordnung. So hat da Vorsitzende vom TSV-Ebersberg auf da Bürgerversammlung gfragt, ob hier da Bürger oder des Kapital baut. Da Bürgermeister is dann glei ins Schwitzen kumma, und hat mit seine Ausführungen den hörbaren Unmut in da Bevölkerung versucht zu beruhigen. Und am Montag nach der Versammlung is dann natürlich nix in dene Zeitungen gstanden; weder im schwarzen Merkur, noch in da übervorsichtigen Süddeutschen. Sowas is halt doch a peinliche Angelegenheit bei so Großkopferte, wie bei dera CSU-Kreisrätin.

Wen i jetztda so weiter schnupper, da stinkt ma no was. Da Mascher Sepp, gewählter UWG-Stadtrat is doch jetztda wieder bei den schwarzen CSU'ler. Wahrscheinlich hat er gedacht, daß de zwölf Stimmen von insgesamt zwanzig Stadträten für die CSU ned ausreichend san und wollt aus Sympathie de Regierungsbank stärken. Die Opposition vo da SPD mit ihre sechs Leid is ihm vielleicht zu stark worden. Ganz ehrlich, des is a riesen Beschiß, wennst mi froagst, daß sie einer für a Partei wählen läßt, de mit ihrer Eigenständigkeit gegen die CSU angetreten is – und jetztda de Übermacht der CSU noch ausbaut. Und nix gegen Gschäftsleid, de für unser Struktur a wichtig san, aber i bin dagegen, wenn die unser Kommunalpolitik alleine bestimmen, wie i jetztda fürcht. Ja – da Mascher Sepp is a ganz a Odrahta. So ham mir jetztda a an „Genscher“ in Ebersberg. Bloß daß es dadurch zu keinem Regierungswechsel kommt, aber zu a Stärkung von da CSU durch de UWG (unabhängige Wählergemeinschaft), oder wie d'Leid immer sagen: Unser Wille geschehe.

Also – liebe Ebersberger, wenn's des guat finds, daß ma in da örtlichen Politik a mit solche „Wackelpuding“ arbeiten, dann merkt's Euch des bis zur nächsten Kommunalwahl im Frühjahr 1984. Und wens' es vergessen solltet, i werd euch scho erinnern.

In diesem Sinne – a guads neis Jahr!

Euer Grantlhuber

Rohbau am Klostersee

„Baut hier der Bürger oder baut hier das Geld?“

Das Bauvorhaben von Chefarzt Bergauer und seiner Ehefrau, der CSU-Kreisrätin, erregt den Unwillen mancher Ebersberger. Besonders die Bewohner der „Seestadt“ können nicht verstehen, wieso Stadt und Landratsamt zuließen, daß hier ein schöner Flecken am Klostersee durch das Projekt zugebaut wird. Das Gefühl, daß hier nicht ein jeder, sondern nur ein „geldiger“ Bürger bauen konnte, machte sich bei der letzten Ebersberger Bürgerversammlung am 26. November 1982 Luft.

Dabei war es zuerst so schön glatt gelaufen. Vollhardt leitete wie immer die Bürgerversammlung und beantwortete alle Fragen. Der Buchhändler Michael Riederer hatte die Fragestunde mit Erkundigungen nach dem Schuldenstand der Kommune eingeleitet und mit schönen Zahlen wurde ihm dann die finanzielle Lage erläutert. Herr Huber von der Kleinmühle sprach über Hoch- und Abwässer im Ebrachthal, Herr Zeppernick über Löcher auf den Gehwegen und kaputten Straßenlampen, Herr Kipfelsberger über das Wasserproblem im neuen Friedhof. Alles Fragen, auf die der Verwaltungschef vorbereitet war und seine Antworten abspulen ließ.

Gerade hatte er die Kreisrätin Bergauer begrüßt, als doch noch Unruhe aufkam. Stefan Mayer meldete sich zu Wort. er verstand nicht, wieso jetzt am

Klostersee ein klotziges Doppelhaus gebaut werden konnte. In einem Brief der Stadt hatte es doch geheißt, nur ein ebenerdiges Bauvorhaben auf dem östlichen Teil des Grundstückes sei zugelassen. Da war er über das Doppelhaus schon ziemlich verärgert. Mayer erwähnte den Namen Bergauer nicht. Wer gemeint war, wußte eh jeder, oder es sprach (tuschelte) sich schnell durch die Tischreihen. Der große Beifall für Mayer zeigte es.

Vollhardt kam hier das erste Mal in's Schwitzen und hatte Mühe, den Bürgern das Verhalten der Stadt zu erklären. Das ganze sei ein Kompromiß und entstanden aus „Güterabwägung“. Die Eigentümer (auch Vollhardt hütete sich, an dieser Stelle den Namen Bergauer auszusprechen) hätten doch zuerst noch viel größer bauen wollen. Die ebenerdige Bauweise sei gewährt, weil „ebenerdig“ bei einem Hangbau dazu führe, daß es aussehe wie zweistöckig. Diese Interpretation des Begriffes „ebenerdige Bauweise“ durch den Bürgermeister führte zu „Volksmurren“ im Saal.

Da stand der TSV-Vorsitzende Seb. Pöschl auf und faßte die allgemeine Stimmung treffend zusammen: „Das Bauvorhaben ist ungehörig und paßt nicht zum Klostersee. Baut hier der Bürger oder baut hier das Geld?“ (Großer Beifall im Saal). Frau Bergauer, wohl auch in ihrer Funktion als CSU-Rätin gekommen, verließ die Bürgerversammlung vorzeitig.

SPD: So wollen wir die Arbeitslosigkeit stoppen

Zitat

Die Sozialdemokraten sind die einzige politische Kraft, die über ein Konzept zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verfügt. Nach den Beschlüssen der SPD-Bundestagsfraktion von 1981 und des Münchener Parteitages vom April 1982, brachte die SPD jetzt im Parlament einen „Beschäftigungshaushalt 1983 bis 1985“ ein, der mit einem Bundesaufwand von knapp neun Milliarden Mark öffentliche und private Investitionen in Höhe von 40 Milliarden Mark mobilisieren und damit in den nächsten drei Jahren 400.000 Arbeitsplätze sichern oder neu schaffen soll.

Während die Rechtskoalition in Bonn erwartungsgemäß ihre Zustimmung zu einer aktiven Beschäftigungspolitik versagte, begrüßte der DGB-Vorsitzende Ernst Breit die SPD-Offensive als „richtungsweisenden Schritt zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“.

Der sozialdemokratische Beschäftigungshaushalt sieht folgende Schwerpunkte vor:

● **Jugendarbeitslosigkeit:** Für eine gezielte Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sollen 2,7 Milliarden Mark bereitgestellt werden.

● **Vorruhestand:** Hier werden Pläne der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten und der IG Chemie aufgegriffen. Ziel ist, Arbeitnehmer bereits mit 58 Jahren (ohne

Hinnahme versicherungsmathematischer Abschläge bei der Rente) zur Pensionierung zu bewegen, um den freiwerdenden Arbeitsplatz mit einem Arbeitslosen wiederbesetzen zu können. Die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit soll sich an diesen Plänen finanziell beteiligen.

● **Wohnungsbau:** Für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus, die Erleichterung der Bausparzwischenfinanzierung und eine Sonderhilfe für den Bergarbeiterwohnungsbau sollen 2,74 Milliarden Mark bereitgestellt werden.

● **Zinsverbilligung:** Um Investitionen in der gewünschten Höhe (40 Milliarden) zu mobilisieren, soll für bestimmte private und kommunale Investitionen der Zins um jeweils drei Punkte unter dem Niveau auf dem Kapitalmarkt verbilligt werden.

Zu den geförderten öffentlichen Investitionen sollen Maßnahmen im Energiebereich, zur Sicherung der Trinkwasserversorgung, zum Schutz gegen Verkehrslärm und im Kampf gegen den „sauren Regen“ zählen.

Finanziert werden soll der Beschäftigungshaushalt aus einer Ergänzungsabgabe für höhere Einkommen, einer Begrenzung des Steuervorteils beim Ehegattensplitting und der Streichung des Kinderbetreuungskostenfreibetrages.

„Wer zu Hause das Vertrauen verloren hat, der ist ungeeignet, draußen in der Welt für Vertrauen zur Bundesrepublik einzutreten.“
(SPD-Präsidiumsmitglied Hans-Jürgen Wischniewski über Außenminister Genscher)

„Die Besuchsdiplomatie von Kanzler Kohl zeigt, daß die neue Regierung sowohl europäisch als auch atlantisch im Oberflächlichen steckenbleibt.“
(Karsten D. Voigt, SPD-Bundestagsabgeordneter)

„Arm in Arm mit der konservativen Presse bereiten Genscher und Lambsdorff die Partei auf den von ihnen ausgewählten Platz rechts neben der CDU/CSU vor.“
(Helga Schuchardt, aus der FDP ausgetretene Bundestagsabgeordnete)

„Der soziale Liberalismus hat in der FDP keine Heimat mehr.“
(Herbert Wehner, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion)

Impressum: Ebersberger Umschau; Herausgeber: SPD-Ebersberg; Verantwortlich: Ewald Schurer, Richardisweg 1½, 8017 Ebersberg; Druck: Offsetdruck ECK, 8017 Ebersberg



Helmut Kohl als Bundeskanzler: Nicht nur in dieser Gegenüberstellung zu Hans-Jochen Vogel, dem Kanzlerkandidaten der SPD, sehen viele Bürger und Sachverständige einen deutlichen Unterschied: Während Hans-Jochen Vogel politische Probleme präzise analysiert und Lösungsvorschläge erarbeitet, reicht es bei Kohl nur zu unverbindlichen Vorschlägen.

Landtagswahlen : Plus für SPD

Zufrieden äußerte sich der Vorstand der Ebersberger SPD über den Ausgang der Wahlen zum Landtag und Bezirkstag vom 10. Oktober 1982. Bei fast vier Prozent Stimmenzuwachs an Gesamtstimmen (Erst- und Zweitstimmen), konnte die SPD für den Landtag 30,5 Prozent Erststimmen und 29,8 Prozent Zweitstimmen erzielen. Für den Bezirkstag wurden 30,8 Prozent Erst- und 30,5 Prozent Zweitstimmen erzielt.

Deutlich für die SPD sind Zugewinne in den Neubaugebieten. Wie schon bei den Bundes-

tagswahlen 1980 konnte sie im Stadtteil Hupfauer Höhe mit fast 40 Prozent der Stimmen einen schönen Erfolg verbuchen. Beachtlich ist für die Sozialdemokraten zusätzlich, daß im Ebersberger Stadtgebiet mit 33 Prozent der Stimmen jeder dritte Wähler sozialdemokratisch wählte.

Schmälernd wirkt sich seit der Gebietsreform in Bayern die eingemeindete CSU-Hochburg Oberndorf aus, wo erstmals die Zehn-Prozent-Marke übersprungen wurde. Ziel für die Bundestagswahlen im Frühjahr 1983: Das Ergebnis halten!



Seit 1892